

Haushaltsrede 2023

Der Haushaltsplanentwurf für 2023 hat erneut einen Umfang von über 63 Millionen Euro und leider ein erneutes Defizit von 6,3 Millionen Euro. Diesem Defizit müssen wir langsam aber sicher Einhalt gebieten. Gerade nachdem die Zinsen für Kredite wieder steigen. Ansonsten wird unsere Ausgleichsrücklage innerhalb der nächsten 5 Jahre aufgebraucht sein und die Gefahr steigt, dass wir im Haushaltssicherungskonzept landen, wo wir dann kaum noch Handlungsspielräume haben. Dann könnten wir uns von der Höhe unserer freiwilligen Leistungen, welche dieses Jahr immerhin 7,1 Millionen Euro beträgt, verabschieden und würden aus Detmold vordiktiert bekommen, welche Ausgaben wir noch tätigen dürfen und welche nicht.

Aus diesem Grund sollten wir uns die Ausgaben genauer anschauen und überdenken, ob wir tatsächlich jede freiwillige Leistung oder jede Investition in dem Umfang leisten müssen, wie es geplant ist. Ein Beispiel hierfür ist der Neubau der Grundschule Brockhagen, welche nach Vorstellung des Architekturbüros als Passivhausstandard oder als Aktiv-Holz-Schule gebaut werden könnte, wodurch wir über eine Million Euro sparen könnten. Allerdings bestehen alle anderen Fraktionen bis auf unsere auf den Bau dieser Schule im Passivhausstandard oder nach KFW 40, wodurch wir evtl. Förderungen abgreifen könnten, welche jedoch wahrscheinlich geringer ausfallen würden, als die Einsparung von einer Million Euro.

Ein weiteres Beispiel ist für uns, dass bereits bestehende Verträge wie mit der AWO überprüft werden, ob es nicht kostengünstigere Anbieter gibt, worunter das Angebot und die Bezahlung der Angestellten aber nicht leiden würde. Immerhin sollen die Kosten der AWO im Jahre 2023 auf über 2,1 Millionen Euro steigen. Wo soll das noch hin führen? Ehe man vielleicht schaut, was diese Leistungen bei der Diakonie oder dem DRK oder sonstigen Trägern kosten würde?

Auch sollte vielleicht überdacht werden, ob man an bisherigen Konzepten festhält. Z. B., dass man Fünft- oder Sechstklässler nötigt in der Mensa zu essen. Zumal bei der jetzigen Inflation die Eltern dann genötigt werden, höhere Beträge dafür auszugeben. Wenn ich an meine eigene Schulzeit zurück denke, wo sowohl mein Bruder als auch ich nichts in der Schule gegessen haben, so werden die fünften und sechsten Klassen dazu gezwungen und wollen vielleicht selber nichts essen. Zudem könnte eine Erweiterung der Mensa auf absehbare Zeit verschoben werden. Auch würden so in Zukunft anfallende Folgekosten wie z. B. Personal oder ähnliches deutlich geringer ausfallen, da die heutige Anzahl von 150.000 Essen im Jahr stagnieren würde. Natürlich sollten die Kinder nicht benachteiligt werden, aber es sollte aus unserer Sicht jedem selbst überlassen sein, ob er etwas essen will oder nicht.

Erfreulich finden wir, dass die Steuerhebesätze auf dem Niveau der letzten Jahre bestehen bleiben, denn gerade in der jetzigen Zeit wäre eine Anhebung der Hebesätze ein falsches Signal und würde die Bürgerinnen und Bürger, sowie die Unternehmen nur noch zusätzlich unnötig belasten.

Trotz der vorgetragenen Kritik stimmt unsere Fraktion UWG/Die PARTEI Steinhagen diesem Haushaltsplanentwurf zu und hofft, dass in den nächsten Jahren mit einem spitzeren Bleistift gerechnet wird, damit die Schuldenlast endlich mal sinkt, und wir einen ausgeglichenen Haushalt bekommen. Wir möchten uns zudem für die gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung, der Bürgermeisterin, den Ratskollegen, den Sachkundigen Bürgern und der Presse bedanken und hoffen auf Selbiges im nächsten Jahr.

Kai Funke

Fraktionsvorsitzender der Fraktion UWG/Die PARTEI Steinhagen,

Vorsitzender der UWG Steinhagen